

Hohnsen-Rundweg soll kommen – Parkplatz bleibt vorläufig, wie er ist

Die Stadt-Politik einigt sich über Verschönerungsprogramm für die Hildesheimer Wallanlagen

Von Rainer Breda

Hildesheim. Die Politik hat sich darauf verständigt, wie die Stadt die vier Millionen Euro Geld aus dem Programm Zukunft Stadtgrün ausgeben soll. Danach rutscht der umstrittene neue Rundweg um den Hohnensee in der Prioritätenliste nach oben.

Die Verwaltung hatte den Weg nur als Option vorgesehen: Sie wollte stattdessen den Noah-Parkplatz erneuern und dessen Umgebung verändern. Das allerdings findet die Politik weniger wichtig, wie mehrere Sprecher am Mittwochabend in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses (Steba) und des Ortsrates Stadtmitte deutlich machten.

Nur eine Stunde hatte die Verwaltung für die Beratung vorgesehen, der eine mehrmonatige Abstimmung vorausgegangen war. Doch die Zeit reichte: SPD, Grüne und CDU hatten im Vorfeld eine gemeinsame Linie abgesprochen, deren Basis ein Antrag von Rot-Grün bildete. Das Papier stützte zwar die grundsätzliche Richtung des Verwaltungsvorschlags (Wege sanieren, Vegetation zurückschneiden oder anlegen), wich aber von dieser vor allem in Sachen Hohnensee ab. So soll es nun doch einen Rundweg um das Nordufer geben – allerdings mit Blick auf den Naturschutz anders als ursprünglich geplant. Wo die Strecke genau verlaufen soll, damit sie den Badebetrieb auf der Jo-Wiese und am See nicht beeinträchtigt, soll eine Arbeitsgruppe aus Politik, Verwaltung, den Naturschutzverbänden, den Jowiesensfreunden und Bad-Betreiber Matthias Mehler ermitteln. Er hoffe auf eine Umsetzung in den nächsten zwei Jahren, sagte Steba-Vorsitzender Detlef Hansen der HAZ.

Man wisse von der Kritik aus der Bevölkerung an der Idee und wolle dieser auch Rechnung tragen, betonte Grünen-Chef Ulrich Rübiger, „vor allem den Bedenken in Sachen Naturschutz“. Aber es gebe auch viele Befürworter – schließlich diene der See der Naherholung. Stadtmitte-Ortsbürgermeister Dirk Bettels machte sich erfolgreich dafür stark, die Nutzung des Hohnensees als Badegewässer festzuschreiben. „Wenn der Rundweg zu viele Probleme mit sich bringt, müssen wir eben auf ihn verzichten“, sagte der CDU-Politiker. Das Abstufen der Parkplatz-Sanierung am See begründete Rübiger damit, dass das Programm in erster Linie den Grünanlagen dienen solle. Zudem ließen sich die Kosten nicht abschätzen, da der Untergrund des Geländes sehr massiv sei. „Wenn es ganz schlimm kommt, geben wir allein dafür eine



Am Kehr wiedergrund wollte die Verwaltung eigentlich erst 2022 mit der Verschönerungskurs loslegen. Nun soll es deutlich eher losgehen – dafür sind die Vorhaben am Hohnensee (abgesehen vom Rundweg) in der Priorität nach hinten gerutscht. FOTO: RAINER BREDA

Menge Geld aus“, warnte CDU-Fraktionschef Ulrich Kümme. Desse Parteifreund Bettels lobte die neue Prioritätensetzung: Die Gefahr sei gebannt, dass Zukunft Stadtgrün zu Zukunft Stadtgrau werde.

Durch die Kurskorrektur ändert sich auch die Reihenfolge der Verschönerungskur der Grünanlagen: Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, mit dem auf fünf Jahre angelegten Programm am Hohnsen zu beginnen – dies sei geschickt, fand Planungsamtschefin Sandra Brouër. Nun soll es stattdessen am Kehr wiederwall und -grund losgehen, vereinbarten Steba und Ortsrat – womit sie einer Anregung Brouërs folgten. Parallel dazu soll sich die Verwaltung um den Liebesgrund/Hagentorwall und Seniorengaben/Hoher Wall kümmern – so hatte es das Baudezernat auch vorgeschlagen. Stadtbaurätin Andrea Döring wies Sorgen zurück, die Grünanlagen könnten in einigen Jahren erneut vernachlässigt wirken: Damit dies nicht passiere, würden die Maßnahmen mit den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung abgestimmt.

Das letzte Wort über Zukunft Stadtgrün hat am Montag der Rat (18 Uhr, Rathaus). An der Richtung dürfte sich aber nichts mehr ändern.

Wallanlagen im Mittelpunkt

Die Stadt muss die Kosten für ihr Verschönerungsprogramm nicht komplett selbst bestreiten, Land und Bund übernehmen je ein Drittel der insgesamt vier Millionen Euro. Das Programm läuft über fünf Jahre. Profitieren sollen der Liebesgrund, der Seniorengaben, der Langelinienwall/Kalenberger Graben, der Ehrlicher-Park/Dyes-Graben, der Kehr wiedergrund/Kehr wiederwall, die Sedanstraßen-Allee. Das Gelände rund um die Bischofsmühle gehört zu den „Ersatzbausteinen“.

br

Zentrum, Neubau, Insel-Café: Weitere Themen im Ausschuss

Hildesheim. Auch der Stadt-Spitze sind die vielen Leerstände in der Innenstadt nicht entgangen. Die Verwaltung will sich der Situation nun annehmen: Sie plant einen Workshop mit Händlern, Gebäudeeigentümern und anderen Interessierten – als „Ideenbörse“, wie Baudezernentin Andrea Döring erklärte. Langfristig hofft die Verwaltung auf Zuschüsse aus der Städtebauförderung, der Workshop soll als Einstieg dienen. Grundsätzlich ein guter Ansatz, hieß es unisono aus der Politik – schließlich stehe es um die Innenstadt nicht zum Besten. Dass die Verwaltung aber für den Workshop 25 000 Euro einsetzen möchte, kam weniger gut an. Das sei erstaunlich viel für einen Tag, fand Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger. „Ist es das wert?“ Döring fand ja: Es sei ein Format nötig, das auch auswärtige Eigentümer nach Hildesheim locke, die sich sonst nicht interessierten. Die Stadt brauche Fachleute, die diese Arbeit leisten könnten: „Kommunikation kostet Geld.“ Der Steba

möchte nun vor der Vergabe des Auftrags genau erfahren, welche Leistungen erbracht werden sollen.

■ **gbg-Neubau:** Gegen den gbg-Plan, auf einer Wiese vor der Stral-sunder Straße 40 ein Gebäude mit 22 Sozialwohnungen zu bauen, gibt es Widerstand. Der Neubau nehme den Mietern in den Häusern dahinter ihren Garten, verdunkele die unteren Wohnungen und schränke die Nutzung der Balkone ein, sagte eine Anliegerin. Steba-Chef Detlef Hansen sagte zu, die Kritik ernst zu nehmen, versprach aber nichts.

■ **Insel-Café:** Ungeachtet der Kritik von Insel-Café-Hausherr Berthold Jämmrich ebnete der Ausschuss dem geplanten kwg-Gebäude in der Mühlenstraße den Weg. Das Unternehmen will gegenüber dem Café zwölf altersgerechte Wohnungen bauen. Baudezernentin Andrea Döring wies Jämmrichs Vorwurf zurück, der Denkmalschutz für die Magdalenen-Kirche werde nicht berücksichtigt. Jämmrich will sich nun mit seinem Anwalt beraten. br